



Medienkonferenz "Legislaturrichtlinien 2013 – 2016" vom Mittwoch, 3. Juli 2013

REFERAT VON GEMEINDERAT ALEXANDRE SCHMIDT, DIREKTOR FÜR FINANZEN,
PERSONAL UND INFORMATIK

Es gilt das gesprochene Wort

Geschätzte Medienschaffende

Ich möchte zwei Aspekte in der laufenden Legislatur hervorstreichen:

- Die städtische Wohnbaupolitik und
- die Finanzen.

Die Stadt will wachsen. Neben dem privaten Wohnungsbau ist die Stadt in den nächsten vier Jahren herausgefordert. Viel wird dabei vom Fonds für Boden und Wohnbaupolitik abhängen.

Der Fonds wird nächstes Jahr 30 Jahre alt. Er hat sich gut entwickelt und bewirtschaftet bereits 2000 eigene Wohnungen und weitere 500 fremde Wohnungen. Um die Ziele der Legislatur zu erreichen, wird der Fonds aber mächtig bauen und sanieren müssen.

Die Grossaufgabe *Viererfeld* fällt uns mit dem Fonds im Rücken leichter. Denn der Kauf des Viererfelds wird durch den Fonds finanziert und die beharrliche Umsetzung der stadtplanerischen Vorgaben durch den Fonds ermöglicht.

Weitere Grossprojekte des Fonds sind die Vollendung des *Ersatzneubaus Stöckacker Süd*. Ein neues Wohnquartier entsteht auf dem Gelände der ehemaligen *KVA Warmbächliweg*. Auch das *Tramdepot Burgernziel* ist ein bemerkenswertes Projekt, da ein Quartier im Quartier geschaffen wird. Dazu gesellen sich Projekte wie die *Mutachstrasse* oder die alte *Feuerwehrkaserne* an der Viktoriastrasse und diverse andere Verdichtungsprojekte, die allesamt unser Bern wachsen lassen. Der Fonds arbeitet somit zeitgleich an der Erstellung von ca. 850 Wohnungen, die er selber oder durch Abgabe im Baurecht erschafft. Dazu werden voraussichtlich nochmals gegen 800 Wohnungen vom Mittelfeld/Viererfeld kommen. Das ist weitaus mehr als in früheren Jahren. Die

städtische Wohnbaupolitik ist lebendig.

Nicht nur auf Projektebene, sondern generell wird sich die Wohnbaupolitik weiterentwickeln. Denn in der nächsten Legislatur prallen unterschiedlichste und teils gegenläufige Interessen auf den Fonds: Es soll gebaut und saniert werden

- nach höchsten energetischen Vorgaben,
- unter Berücksichtigung der Behindertengängigkeit,
- jeweils verdichtet,
- im Wissen, dass 80% des Portfolios durch die Denkmalpflege inventarisiert ist,
- unter spezieller Betonung von Familienwohnungen und
- unter Beachtung hoher Architekturqualität (Durchführung von Wettbewerben).
- Sodann soll jede freiwerdende Wohnung bei entsprechender Eignung ins Segment „Günstiger Wohnraum mit Vermietungskriterien“ Aufnahme finden.

All diese Faktoren führen zwar zu spannenden Debatten, beschleunigen jedoch die Realisierung von Projekten nicht im Geringsten. Unsere Legislaturziele hängen entsprechend auch von den Vorgaben ab, die die Behörden definieren.

Neue Wohnungen werden auch neue Einwohnerinnen und Einwohner in die Stadt bringen und damit neues Steuersubstrat. Im Durchschnitt fallen 3'000 Fr. Steuern pro Einwohnerin oder Einwohner an, so dass wir allein mit neuen Wohnungen unsere Legislaturprojekte erst in Ansätzen finanziert haben.

Die Ausgaben entwickeln sich dagegen dynamischer. Darum stehen die Legislaturziele unter der besonderen Herausforderung ihrer Finanzierbarkeit. Der finanzielle Handlungsspielraum ist enger, als uns allen lieb ist; ohne Abstriche kommen wir nicht durch. Der Gemeinderat hat bislang mit Erfolg neue Defizite in der laufenden Rechnung vermieden, beim Finanzplan aber noch Arbeit vor sich. Die hohen Investitionen in der Investitionsrechnung führen jedoch zu einer stattlichen Verschuldungszunahme. Entsprechend haben wir uns für die nächsten vier Jahre aufs Machbare beschränkt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.